Unbegründete Moratoriumsgerüchte.

Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die nachstehende Mitteilung:

Da das Publikum in den letzten Tagen durch Gerüchte über die beabsichtigte Erlassung eines Moratoriums beunruhigt wurde, sieht sich die Regierung zu der Mitteilung veranlaßt, daß eine derartige Maßnahme gar nicht erwogen wurde. Die Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Moratorium in keiner Hinsicht für gerechtfertigt halten und ist in voller Uebereinstimmung mit den Kreditinstituten der Meinung, daß eine solche Verfügung von den schädlichsten Folgen begleitet sein würde. Den vorübergehend aufgetretenen Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Banknoten wird durch verschiedene Auskunfts-mittel in kürzester Zeit abgeholfen werden; vor allem wird die Notenfabrikation in den nächsten Wochen wesentlich gesteigert; außerdem werden dem Verkehr Kassenscheine der Kriegsdarlehenskasse, unverzinsliche Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank, bestätigte Schecks der Oesterreichisch-ungarischen Bank und Kassenscheine der Stadt Wien zur Verfügung gestellt; endlich werden auch die in den Monaten November und Dezember 1918 und im Jänner 1919 fälligen Coupons der Kriegsanleihen der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienstbar gemacht, indem die Verfügung getroffen wird, daß sie bei einer Reihe öffentlicher Kassen und Ämter schon vor der Fälligkeit an Zahlungs Statt anzunehmen sind. Im privaten Verkehr besteht allerdings keine Verpflichtung zur Annahme dieser Ersatzzahlungsmittel, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie gleichwohl im Hinblick auf die gesicherte Umwechslung, beziehungsweise Einlösung in Banknoten die gleichen Dienste wie diese leisten werden.

Die Finanzverwaltung zerstreut heute einer amtlichen Mitteilung die seit Tagen umlaufenden Gerüchte von einem Moratorium und tritt diesen in bestimmter Weise entgegen. Diese Gerüchte waren zwar nicht der Ausgangspunkt der Beunruhigung und der im Zusammenhange damit seit Tagen erfolgenden stärkeren Abhebungen von Guthaben und Einlagen bei Banken und Sparkassen, haben aber zuletzt der Bewegung einen größeren Umfang gegeben. Die stürmischen Abhebungen haben in der weiteren Entwicklung den Banknotenmangel verursacht und verschärft und dazu beigetragen, daß die glatte Abwicklung von Rückzahlungen nicht immer sofort möglich war. Gestern abend erschien nun der landesfürstliche Kommissär Hofrat v. T h a a in der Oesterreichisch-ungarischen Bank, um mit dem Vizegouverneur Dr. v. Gruber und dem Generalsekretär v. Schmid die Sachlage zu besprechen, und bei dieser Gelegenheit wurde darauf verwiesen, daß eine Aufklärung bezüglich der beunruhigenden und den Verkehr schädigenden Gerüchte über die Erlassung eines Moratoriums geboten wäre.

Wie erinnerlich, schränkte das zu Beginn des Krieges erlassene Moratorium die Behebung von

Einlagegeldern bei Banken und Sparkassen auf 200 K. pro Monat ein. In der letzten Zeit kam es nun zu offensichtlichen Anstrebungen, denen nun entgegengetreten wird. Eine gute Wirkung läßt sich hievon um so eher erwarten, je rascher auch die technischen Hemmnisse des Banknotenmangels durch Maßnahmen gemildert werden, welche die anstandslose Rückzahlung der Einlagen erleichtern. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat gestern den Bedarf an Zahlungsmitteln in etwas reicheren Maße gedeckt, und es läßt sich erwarten, daß in wenigen Tagen der Andrang abfluten wird und die Einlagestellen, die gestern noch infolge des Banknotenmangels Schwierigkeiten mit den Parteien zu überwinden hatten, alle Rückzahlungen in Banknoten werden leisten können. Das Noteninstitut stellt seit einigen Tagen Wirtskassenscheine, ferner ihren Vorrat an Darlehensklassenscheinen zur Verfügung, die gegen Banknoten verwechselbar sind. Gestern hat sich die Beeresverwaltung bereit erklärt, in ihren Kassen befindliche Notenmengen einzuwickeln auf dem Girokonto der Bank zu hinterlegen, um ihrerseits zur Behebung des Banknotenmangels beizutragen. Aber auch nach dem von Deutschland gegebenem Beispiel werden die in den Monaten November und Dezember 1918 und Jänner 1919 fälligen Coupons der Kriegsanleihen dem Zahlungsverkehr dienstbar gemacht werden, wie in dem vorstehenden Communiqué mitgeteilt wird, und diese Coupons werden bei einer Reihe öffentlicher Kassen und Ämter schon vor ihrer Fälligkeit an Zahlungs Statt angenommen werden.

Die Bank erzeugt jetzt täglich 73 Millionen Kronen Noten; davon entfällt ein Teil auf die Beeresleitung, ein Teil auf Ungarn, ein Teil bleibt für den Wiener Bedarf, der sich wohl auch dadurch vergrößert hat, daß der Lombard der Bank jetzt stärker durch Belehnung von Kriegsanleihen in Anspruch genommen wird. Es steht auch ein größerer Betrag an Kassenscheinen der Kriegsdarlehenskasse zur Verfügung, da auch bei dieser die Belehnung von Kriegsanleihe umfangreicher ist und daher mehr Kassenscheine ausgegeben werden, gegen welche die Bank Noten zu geben hat. Wie bekannt, ist diese Kassenscheinemission auf 500 Millionen Kronen beschränkt. Den provisorischen Maßnahmen zur Behebung des Notenmangels, zu welchen auch die vorübergehende Ausgabe von städtischem Papiergeld zu zählen ist, wird in naher Zeit die erhöhte Notenerzeugung folgen, und in dieser wird auch die Herstellung von Noten zu 10.000 Kronen für größere Zahlungen inbegriffen sein.

Es ist bekannt, daß sich der Mangel an Zahlungsmitteln nicht nur hier geltend macht. Als Kuriosum sei erwähnt, daß jüngst eine holländische Firma die Gehalte und Löhne, da es ihr an den erforderlichen Noten fehlte, in — geringen bezahlte.

Banken und Sparkassen sind selbstverständlich darauf bedacht, alle Zahlungen ohne Verzug zu leisten und nicht ein Mißtrauen auskommen zu lassen, das gänzlich unberechtigt wäre. Wenn es gestern noch hier und da an der nötigen Menge an Banknoten fehlte und Darlehensklassenscheine zu Rückzahlungen verwendet werden mußten, in einzelnen Fällen vielleicht die Auszahlung verzögert wurde, so liegt darin nicht der geringste Grund zur Beunruhigung, denn es kann sich da nur um ein kurzes Zuhalten handeln, bis eben die Beschaffung von Banknoten erfolgt ist.

Die Erste österreichische Sparkasse hat alle Auszahlungen geleistet und darin das beste Mittel gefunden, um allen Gerüchten über ein drohendes Moratorium entgegenzuwirken. Sie ist in starkem Maße in Anspruch genommen worden und hat in den letzten drei Tagen nahezu 10 Millionen Kronen an Parteien zurückgezahlt, am ersten der drei Tage 2½ Millionen, am zweiten 4.1 Millionen und gestern 3.2 Millionen Kronen. Den Abhebungen stehen aber auch beträchtliche Neueinlagen gegenüber. Es liegt im eigenen Interesse der Einleger, sich nicht durch unbegründete Aengstigung zu schädigen. Es ist klar, daß die kleinen Einleger, die ihr Geld aus der Sparkasse nehmen, ihren Besitz nicht in Sicherheit bringen, sondern eher gefährden, insbesondere in einer Zeit, da Diebstähle und Einbrüche sich mehren, ganz abgesehen davon, daß damit auch ein Zinsverlust verbunden ist.

Ein größerer Andrang zeigte sich auch bei der Zentralbank der Gemeinde Wien. Sie hatte vorgestern Rückzahlungen von 1.67 Millionen und gestern solche von 1.44 Millionen zu leisten, bezeichnete aber vorgestern Neueinlagen von 330.000 K. und gestern solche von 124.000 K. Die Rückzahlungen erfolgten anstandslos in Banknoten und Darlehensklassenscheinen bis zu 20.000 K., darüber hinaus in Schecks auf die Oesterreichisch-ungarische Bank. Einzelne Kommunale Sparkassen hatten nur Rückzahlungen von 100 und 200 K. geleistet, es wurde